

Inhalt

Karte	6
Vorwort	9
1 Von einem Diktator zum nächsten (1976–1979)	21
2 Sparkurs (1979–1982)	59
3 Reform (1982–1984)	85
4 Von Menschen und Preisen (1984–1988)	121
5 Das Massaker (1989)	153
6 Wasserscheide (1989–1991)	191
7 Kapitalistische Werkzeuge in sozialistischen Händen (1992–1996)	231
8 »Big is Beautiful« (1997–2001)	265
9 »Going global« (2001–2008)	303
10 Hybris (2008–2012)	345
Epilog	369
Dank	383
Anmerkungen	385
Verzeichnis der Archive	439
Bibliographie (Auswahl)	443
Register	451

Vorwort

Im Sommer 1985, als der Film *Zurück in die Zukunft* des Regisseurs Robert Zemeckis der größte Kassenschlager des Jahres wurde, machte ich mich als Student der Genfer Universität auf, um in China Mandarin zu studieren. Das chinesische Außenministerium teilte mich der Nankai-Universität in Tianjin zu, einer großen Küstenmetropole in der Nähe von Peking mit einer Bevölkerung von fünf Millionen (heute ist die Stadt drei Mal so groß). Ich flog nach Hongkong, wo ich die Grenze überschritt. Dann nahm ich mir eine Woche Zeit für die Bahnreise nach Norden und schloss unterwegs Freundschaften. Ein Freund erinnerte sich nicht an meinen Nachnamen und schickte mir später eine Postkarte, adressiert an »Frank aus Holland, Tianjin, China«. Das Postamt hatte keinerlei Schwierigkeiten, mich aufzutreiben, denn es gab in der ganzen Stadt nur achtzig Ausländer, darunter sieben Holländer und einen Frank.

Wie alle großen Städte in China hatte auch Tianjin ein Netz breiter Boulevards, die mit Hilfe sowjetischer Experten in den 1950er Jahren angelegt worden waren. Stau war ein Fremdwort: In dieser Nation von über einer Milliarde Menschen gab es nicht einmal zwanzigtausend private Fahrzeuge. Aber getrennt von den Bussen, den Lastwagen und dem einen oder anderen Auto, traten Scharen von Pendlern auf eigens ausgewiesenen Seitenstreifen gemächlich in die Pedale. Da sie schon beim ersten Morgengrauen aufstanden und noch vor Sonnenuntergang wieder heimfuhren, herrschte in der Stadt ab 21 Uhr eine Grabesstille. Manchmal hatte ich alle sechs Spuren für mich, wobei die Straßenlaternen mein Fahrrad nur schwach beleuchteten.

Anlässlich der Hundertjahrfeier der Nankai-Universität kehrte ich im Oktober 2019 zurück. Tianjin schien nun völlig verändert, die Skyline war von strahlenden Wolkenkratzern hell erleuchtet, das Stadtbild er-

streckte sich weit, mit einer scheinbar endlosen Ansammlung von Apartmenthäusern und Bürogebäuden, teils fertiggestellt, teils noch im Bau. Wo man auch stand, bei klarem Himmel konnte man das Tianjin Finance Centre fast sechshundert Meter hoch in den Himmel aufragen sehen, dessen Glas wie eine gigantische Kristallnadel im Sonnenlicht glitzerte. Doch der Schein kann trügen. Meine ehemaligen Lehrer und deren Nachfolger lebten immer noch in den gleichen schäbigen Betonblöcken, deren Balkone mit Topfpflanzen vollgestellt waren; die Flure waren immer noch mit ramponierten Fahrrädern überfüllt, die für Fahrten auf dem Campus genutzt wurden. Es gab allerdings einen Unterschied, wurde mir gesagt: Die Kinder der meisten Professoren waren inzwischen in den Vereinigten Staaten.*

Vor nicht allzu langer Zeit hatte die Volksrepublik China offiziell den vierzigsten Jahrestag der »Reform- und Öffnungspolitik« gefeiert, wie man das von Deng Xiaoping im Dezember 1978 eingeleitete Programm der Wirtschaftsreformen nannte. Der rapide Wandel eines isolierten Landes, das noch unter dem Chaos der Kulturrevolution litt, zur weltweit zweitgrößten Volkswirtschaft wird durchweg als ein Wunder gepriesen. Der Untertitel eines akademischen Sammelbandes – *How the Miracle Was Created* – fasst die vorherrschende Auffassung zusammen. Einigen Experten bereitet offenbar weniger Kopfzerbrechen, ob man wirklich von einem Wunder sprechen kann, sondern ob es möglicherweise nun am Ende angelangt ist.

Aber woher wollten die Experten das wissen? Seit meinem Einzug in das Wohnheim vor 35 Jahren beobachtete ich, dass unzählige ausländische Studierende viel Zeit mit Spekulationen darüber verbrachten, was in Peking vor sich ging. Einige davon wurden zu China-Beobachtern. Ihre Methode schauten sie sich bei den Kreml-Beobachtern ab: In Ermangelung verlässlicher Informationen zogen sie notgedrungen die abstrusesten Rückschlüsse auf Indizien bezüglich Zhongnanhai, dem Hauptquartier der Partei unmittelbar neben der Verbotenen Stadt in Peking. Dazu gingen sie von der Position aus, die die jeweiligen Parteiführer auf der Tribüne bei Paraden auf dem Tiananmen-Platz (Platz des Himmlischen Friedens) ein-

* Maskuline grammatische Formen wie »Professoren«, »Lehrer«, »Studenten« usw. beziehen sich in diesem Text auf alle Geschlechter.

nahmen, oder vom Layout der Berichte in der Volkszeitung *Renmin Ribao* oder auch von der Häufigkeit bestimmter Wendungen im Rundfunk. Ich war skeptisch und zog es vor, die Vergangenheit zu erforschen.

Ich bin immer noch skeptisch. Entgegen den Annahmen, die man nach vierzig Jahren »Reform und Öffnung« erwarten sollte, unterscheidet sich die Situation heute gar nicht so sehr von früher. Vor einigen Jahren bezeichnete Li Keqiang, der seit März 2013 amtierende Ministerpräsident Chinas, die Zahlen für die Inlandsproduktion als »von Menschen gemacht und deshalb unzuverlässig«. Experten wissen das natürlich und finden Wege, das zu umgehen. Es gibt beispielsweise einen »Li-Keqiang-Index«, den der Regierungschef selbst benutzt, um die Wirtschaftsleistung zu überwachen, indem er den Gesamtstromverbrauch untersucht. Es bleibt jedoch eine Tatsache, dass wir sehr wenig wissen. Wie der China-Beobachter James Palmer unlängst meinte: »Kein Mensch weiß irgendetwas über China: einschließlich der chinesischen Regierung.«¹ Selbst das kleinste Puzzleteilchen an Information ist unzuverlässig, unvollständig oder verzerrt. Wir kennen nicht die wahre Größe der chinesischen Volkswirtschaft, weil keine lokale Verwaltung jemals korrekte Zahlen meldet, und wir kennen nicht das genaue Ausmaß fauler Kredite, weil die Banken diese verheimlichen. Jeder gute Forscher hat ständig das Paradox von Sokrates im Kopf: Ich weiß, dass ich nichts weiß. Aber mit Blick auf China wissen wir nicht einmal, was wir nicht wissen.

Unmittelbar gegenüber dem Nordtor der Nankai-Universität, auf der anderen Seite einer verstopften, achtspurigen Durchgangsstraße, beherbergt ein großes, höhlenartiges Gebäude, das von jungen Soldaten bewacht wird, das Stadtarchiv von Tianjin. Während meiner Zeit als Student wäre der Zutritt undenkbar gewesen. Aber im Jahr 1996 wurde das Gesetz, das den Zugang zu Archiven regelte, geändert und immer mehr frei gegebene Quellen wurden schrittweise Historikern zugänglich gemacht, die ein Empfehlungsschreiben vorweisen konnten. Auch wenn die sensibelsten Informationen immer noch sicher in den Archivgewölbten verwahrt blieben, wurde es immerhin zum ersten Mal Forschern gestattet, tief in die Finsternis der Mao-Ära einzutauchen.

Ein ganzes Jahrzehnt lang studierte ich Tausende von Parteiunterlagen, reiste kreuz und quer durch das Land, vom subtropischen Guangdong bis in das arme und trockene Gansu, eine Provinz in der Nähe der

mongolischen Wüsten. In gelben Aktenordnern fanden sich, von Hand geschrieben oder sauber abgetippt, geheime Protokolle hoher Parteiversammlungen, Ermittlungen in Fällen des Massenmordes, Geständnisse von Parteiführern, die für den Hungertod von Millionen Dorfbewohnern verantwortlich waren, Berichte über den Widerstand auf dem Land, vertrauliche Meinungsumfragen, Beschwerdebriefe einfacher Bürger und vieles mehr. Ich schrieb drei englischsprachige Bücher, die sogenannte »People's Trilogy«, über das Schicksal der einfachen Menschen unter Mao.

Der Zeitpunkt war günstig. Nach Xi Jinpings Aufstieg an die Macht im November 2012 wurden die Archive wieder eins nach dem anderen geschlossen. Ganze Stapel von Quellen zu »Maos Großem Hunger« und zur Kulturrevolution wurden seither wieder zur Verschlussache erklärt. Aber paradoxerweise waren die letzten Jahre eine gute Phase für die Erforschung der Jahrzehnte der »Reform und Öffnung«. Denn jahrelang hatte man dem chinesischen Volk, einschließlich jedem Archivar, eingebläut, dass sich nach 1978 nichts Geringeres als ein Wirtschaftswunder ereignete, ein Wunder, das ausländischen Kapitalisten den Atem verschlug. Die Mao-Ära wird von einer finsternen Wolke verhüllt, doch diese löst sich in dem Moment auf, wo von »Wirtschaftsreform« die Rede ist. Inzwischen können wir, zum ersten Mal, tatsächlich die von der Kommunistischen Partei hinterlassenen Quellen nutzen, um die Geschichte der Partei seit 1976 zu untersuchen.

Jeder demokratische Staat verfügt über eine Flut an Bestimmungen und Regeln, die festlegen, welche amtlichen Dokumente freigegeben und wann sie der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden dürfen. In der Theorie halten sich die meisten an eine 30-Jahre-Regel. Jedes Jahr um die Weihnachtszeit erwarten Leser im britischen National Archives in Kew sehnsüchtig den neuesten Stapel freigegebener Quellen aus dem Büro des Premierministers oder aus dem britischen Inlandsgeheimdienst MI5 (Military Intelligence, Section 5). In der Praxis schieben jedoch Regierungsbehörden auf der ganzen Welt eine Vielfalt an Ausnahmebestimmungen vor, um Millionen von Dokumenten der Einsicht zu entziehen.

Das Gesetz in der Volksrepublik China enthält ebenfalls eine 30-Jahre-Regel; somit sollten Leser im Prinzip imstande sein, Quellen bis zum Jahr

1992 zu konsultieren. Aber China ist keine Demokratie, sondern eine Diktatur. Und wie die Regeln angewandt werden, wird häufig lokal entschieden. Als Folge weicht der Zugang zu den Dokumenten von Ort zu Ort ab. In manchen Archiven wird kein Außenstehender jemals auch nur an dem Pförtner am Eingang vorbei kommen, weil selbst ein nichtssagen-der Zeitungsausschnitt wie ein Staatsgeheimnis behandelt wird, während in anderen Archiven jede Quelle vor dem Jahr 1949, als die Kommunisten ihren großartigen Sieg feierten, als tabu gilt. Andererseits sind einige Archive, die über dieses riesige Land von der Größe eines Kontinents verstreut sind, verblüffend offen. Hier und da erlaubt ein lokales Archiv einem Teil der Leser, eine breite Auswahl an Primärquellen bis zum Jahr 2009 genau zu prüfen, also weit über die 30-Jahre-Regel hinaus.

Meine Darstellung stützt sich auf grob geschätzt 600 Dokumente aus gut einem Dutzend von Stadt- und Provinzarchiven, aber sie greift auch auf herkömmlichere Primärquellen zurück, von Zeitungsartikeln bis hin zu unveröffentlichten Memoiren. Allen voran sind hier die geheimen Tagebücher von Li Rui zu nennen, der Maos Privatsekretär wurde, zwanzig Jahre im Gefängnis verbrachte, weil er im Jahr 1959 einmal von einer Hungersnot gesprochen hatte, und wenige Jahre nach dem Tod des Vorsitzenden 1976 aufgefordert wurde, in das Zentralkomitee einzutreten. Viele Jahre lang war er Vizedirektor der Organisationsabteilung (des Orgbüros im Sowjetjargon), eines Zweigs der Partei, der für die Überprüfung und Ernennung von Parteimitgliedern auf jeder Ebene der Regierung zuständig war. Er wurde ein echter Demokrat, nachdem er das System bis ins Innerste kennengelernt hatte, aber im Jahr 2004 erhielt er ein Publikationsverbot. Seine Tagebücher reichen bis ins Jahr 2012 und dokumentieren sehr detailliert seine Gespräche mit hohen Parteimitgliedern. Historiker leben selbstverständlich nicht nur von Quellen, sondern auch von der richtigen Perspektive: Wenn beides schwierig wird, ist es klug, sich zurückzuziehen und andere die Fortsetzung schreiben lassen. Für mich liegt dieser Moment im Jahr 2012, als Li Rui sein Tagebuch schließt und Xi Jinping ins Rampenlicht tritt.

Eine Fülle bislang nicht zugänglicher Quellen gestattet es uns, einige verbreitete Annahmen über die Ära der »Reform- und Öffnungspolitik« zu überprüfen. Jahrzehntlang machte ein bunt zusammengewürfelter Haufen aus Politikern, Unternehmern und Experten uns weis, die Volks-

republik sei im Begriff, ein verantwortungsvoller Akteur, womöglich sogar eine blühende Demokratie zu werden. Eine politische Reform werde so sicher wie das Amen in der Kirche auf die Wirtschaftsreform folgen. Dabei hat sich zu keinem Zeitpunkt irgendein Parteiführer jemals für eine Gewaltenteilung ausgesprochen. Im Gegenteil, der Erhalt des Machtmonopols wurde wiederholt als das alles überragende Ziel der Wirtschaftsreform bezeichnet. Zhao Ziyang, der bis heute als die vielversprechendste Figur innerhalb der Partei gefeiert wird, sagte etwa im Oktober 1987 vor dem Parteitag: »Wir werden niemals die Gewaltenteilung und das Mehrparteiensystem des Westens kopieren.« Wenige Monate zuvor hatte er Erich Honecker, dem Staats- und Parteichef in Ostdeutschland, erklärt: »Wenn die Menschen in der Praxis die Überlegenheit des Sozialismus erleben können, im Laufe der Entwicklung unserer Gesellschaft die Erhöhung des Lebensstandards und die Steigerung der Arbeitsproduktivität, dann kann der Platz für die Liberalisierung langsam immer mehr verkleinert werden.« Immer wieder haben darauffolgende Führer die gleiche Botschaft wiederholt. Im Jahr 2018 warnte Xi Jinping: »China darf niemals andere Länder kopieren«, schon gar nicht die »Unabhängigkeit der Justiz« und die »Gewaltenteilung« des Westens.²

In den letzten zwei oder drei Jahren haben etliche Beobachter ein wenig spät ihre Ansichten geändert und rechnen nicht länger damit, dass die Kommunistische Partei Chinas stetige Fortschritte in Richtung Demokratie machen werde. Aber viele sind immer noch davon überzeugt, dass es in der Vergangenheit eine echte Wirtschaftsreform mit einem konzertierten Wechsel von der Plan- zur Marktwirtschaft, von Staatsbesitz zu privatem Unternehmertum gegeben habe. Man muss sich jedoch fragen, ob man, ungeachtet der offiziellen Propagandaverlautbarungen aus Peking, überhaupt von einer »Wirtschaftsreform« sprechen kann. Was wir bislang erlebt haben, ist allenfalls Flickschusterei an einer Planwirtschaft. Wie könnte man sonst die Tatsache erklären, dass die Partei weiter darauf besteht, Fünfjahrespläne aufzustellen? Noch wichtiger, seit 1976 hat die Partei weiterhin den Besitz der gesamten Industrie und der meisten großen Unternehmen behalten. Bis heute gehört das Land dem Staat, ein großer Teil der Rohstoffe ist in staatlichem Besitz, wichtige Industriezweige werden direkt oder indirekt vom Staat kontrolliert, und die Banken sind Staatseigentum. Nach klassisch marxistischer Les-

art bleiben die »Produktionsmittel« in den Händen der Partei. Eine Wirtschaft, in der die Produktionsmittel vom Staat kontrolliert werden, wird für gewöhnlich als eine sozialistische Wirtschaft bezeichnet.

Kein einziges Mal nach 1989 zogen die Parteiführer auch nur in Betracht, ihre Volkswirtschaft einem echten marktwirtschaftlichen Wettbewerb zu öffnen. Der Grund war einfach: Sie wussten, dass ihre Volkswirtschaft im selben Moment, in dem sie das taten, zusammenbrechen würde. Immer wieder haben sie, wie die Quellen zeigen, sich größte Mühe gegeben, den privaten Sektor zu beschränken und stattdessen staatliche Unternehmen zu vergrößern. Sie sind von der Überlegenheit des sozialistischen Systems fest überzeugt, was unzählige Äußerungen in der Öffentlichkeit und hinter verschlossenen Türen belegen. Nachdem eine Traube von Dörfern in Shenzhen, unmittelbar hinter der Grenze zu Hongkong, im Jahr 1980 zur ersten Sonderwirtschaftszone des Landes umgewandelt worden war, stellte Zhao Ziyang klar: »Was wir einrichten, sind Sonderwirtschaftszonen, keine Sonderpolitikzonen, wir müssen am Sozialismus festhalten und dem Kapitalismus trotzen.«³

Knapp vierzig Jahre später gehören 95 der hundert führenden Privatunternehmen gegenwärtigen oder ehemaligen Parteimitgliedern. Im Kapitalismus dreht sich alles ums Kapital: Geld ist eine wirtschaftliche Ware, die den Regeln der Renditen und Gewinnspannen unterliegt. Doch in China ist Kapital eine politische Ware geblieben, von den Staatsbanken an Unternehmen verteilt, die direkt oder indirekt vom Staat zur Verfolgung politischer Ziele kontrolliert werden. Ein Markt basiert hingegen hauptsächlich auf dem Austausch von Waren zwischen Individuen. Wie kann der Besitz dieser Waren ohne eine unabhängige Justiz geschützt werden, die auf der Gewaltenteilung basiert? Jahrelang haben Kritiker dies beklagt, während Bewunderer den angeblichen »Übergang« zum »Kapitalismus« in der Volksrepublik beklatschten. Aber wenn dieses Buch etwas beweist, dann ist es die Tatsache, dass eine Marktreform ohne politische Reform keinen Bestand haben kann. Die Diskussion darüber, ob der Handel »frei« sein könne oder sollte, geht an der Hauptsache vorbei, nämlich, dass ein Markt ohne Rechtsstaatlichkeit, gestützt auf eine unabhängige Justiz und eine freie und offene Presse, überhaupt kein richtiger Markt ist. Ohne politische Freiheit gibt es keine wirtschaftliche Freiheit. Die Politik bestimmt das Wesen der Wirtschaft, nicht

umgekehrt. In der Politik geht es um Macht und darum, was man damit anfängt: Sollte sie unter verschiedenen Institutionen, mit gegenseitigen Kontrollmöglichkeiten, einer zunehmend komplexen Zivilgesellschaft und unabhängigen Medien, um Missbrauch einzuschränken, aufgeteilt werden, oder sollte sie in den Händen einer Person oder einer einzigen Partei konzentriert werden? Ersteres nennt man eine Demokratie, letzteres eine Diktatur.

Diktaturen sind, genau wie Demokratien, nicht in der Zeit eingefroren. Sie passen sich unablässig an eine sich verändernde Welt an. Mosambik beschloss beispielsweise im Jahr 1982, eine Annäherung an den Westen anzustreben, indem es ein Jahr später die Wirtschaft dezentralisierte und dadurch ermöglichte, dass Familienbetriebe anstelle von Sowjet-Wirtschaften aufblühen konnten. Multinationale Konzerne wurden aufgefordert, zusammen mit der Regierung Joint Ventures zu gründen oder Aufträge anzunehmen. Samora Machel, ein Sozialist in der Tradition des Marxismus-Leninismus, der sein Land 1975 in die Unabhängigkeit geführt hatte, wandelte sich zu einem Handelsvertreter für Mosambik mit dem gleichen Elan, der ihn zu einem erfolgreichen Guerillaführer gemacht hatte. Er hofierte und begrüßte leitende Unternehmensvertreter aus der ganzen Welt, indem er lukrative Geschäfte auf der Basis billiger Arbeitskräfte anbot, die nicht einmal ein Streikrecht hatten. Mosambik war kaum ein Einzelfall. Eine ganze Reihe von Diktaturen, von Dahomey bis nach Syrien, schlossen eine ähnliche Wette ab: Um den wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhindern, setzten sie darauf, dass private landwirtschaftliche Flächen, kleine, städtische Privatbetriebe und ausländische Beteiligungen ihre politische Macht nicht untergraben würden. Barry Rubin, der diese Regimes ausführlich beschrieb, nannte sie »moderne Diktatoren«. Dabei handelt es sich um »Wald-und-Wiesen-Diktatoren«, die man für gewöhnlich im Gegensatz zu einer anderen Unterkategorie, nämlich den »traditionellen Diktatoren« einstuft.⁴

Gelegentlich heißt es, dass die Effizienz eines Staates wichtiger als die Rechenschaftspflicht sei. Das ist eine zweifelhafte Behauptung. Anstelle einer geordneten Machtübergabe bekommen wir in der Volksrepublik erbitterte Verleumdungen und Machtkämpfe zwischen endlos wechselnden Fraktionen zu sehen. Die meisten Funktionäre des Landes haben keine Ahnung von den Grundlagen der Wirtschaft und konzentrieren

sich fast schon besessen auf eine einzige Kennziffer: Wachstum, häufig auf Kosten der Entwicklung. Das Ergebnis ist Verschwendung in einem gigantischen Ausmaß. Beispielsweise kommt es nicht selten vor, dass Staatsbetriebe den Wert mindern, was zur Folge hat, dass die Rohmaterialien, die sie verwenden, einen höheren Wert als die Fertigwaren haben, die sie produzieren. Vor allem verfügt ein Einparteienstaat, was ein wenig paradox erscheint, nicht über die Instrumente, um die Wirtschaft zu kontrollieren. Entscheidungen werden von lokalen Verwaltungen getroffen, häufig ohne Rücksicht auf das Allgemeinwohl, von den Anweisungen aus Peking ganz zu schweigen.

Hat sich das Land in der Ära der »Reform und Öffnung« tatsächlich geöffnet? Verglichen mit der Phase der Kulturrevolution definitiv. Aber in Relation zum Rest der Welt kaum. Was das Regime im Lauf der letzten vier Jahrzehnte aufbaute, ist ein relativ isoliertes System, das imstande ist, das Land von anderen Ländern abzugrenzen. Offenheit setzt voraus, dass es eine Bewegung von Menschen, Ideen, Waren und Kapital gibt. Doch der Staat kontrolliert alle diese Ströme, die häufig nur in eine Richtung fließen dürfen. Millionen von Menschen dürfen ausziehen, im Rest der Welt leben und arbeiten, aber nur sehr wenige Ausländer ziehen ein. Nach vierzig Jahren der »Reform und Öffnung« hat China nicht einmal eine Million ansässige Ausländer, das sind ungefähr 0,07 Prozent der Gesamtbevölkerung, der niedrigste Anteil aller Länder, nicht einmal die Hälfte des Anteils in Nordkorea. (Japan, das häufig als »fremdenfeindliches« Land verschrien ist, hat 2,8 Prozent.) Fertige Produkte dürfen in enormen Mengen China verlassen, aber vergleichsweise wenige dürfen tatsächlich importiert werden. Heute darf ein Fünftel der Menschheit gerade mal 36 ausländische Filme ansehen, die vom Staat genehmigt wurden. Kapital kann ins Land kommen, aber es ist schwierig, es wieder abzuziehen, weil es von einem Regime gehortet wird, das drastische Kapitalkontrollen verhängt. Wie die Archive sehr detailliert enthüllen, wurden seit 1976 unzählige Regeln, Bestimmungen, Sanktionen, Boni, Abzüge, Subventionen und Anreize in Kraft gesetzt, um ein Umfeld zu schaffen, das wohl das unfairste Spielfeld der modernen Geschichte sein dürfte.

Zweifellos gab es echtes Wirtschaftswachstum. Wie könnte es auch anders sein, wenn sich ein Land von jahrzehntelangen, von Menschen-

hand geschaffenen Katastrophen erholt? Aber noch im Juni 2020 erschien es vielen Beobachtern als eine Offenbarung, als Li Keqiang, der Schöpfer des gleichnamigen »Li-Keqiang-Indexes«, beiläufig die Bemerkung fallen ließ, dass in einem Land, wo sogar auf dem Land die Lebenshaltungskosten untragbar sind, rund 600 Millionen Menschen mit nicht einmal 140 Dollar im Monat auskommen müssen.⁵ In Wahrheit ist alles nicht so, wie es scheint. Eine außergewöhnliche Genügsamkeit unter der einfachen Bevölkerung auf der einen Seite und ein vom Staat kontrollierter exorbitanter Reichtum auf der anderen existieren nebeneinander. Wenn Parteimitglieder für den Staat arbeiten, übernimmt ihr Arbeitgeber die Kosten für Unterkunft, Auto, Erziehung der Kinder, Auslandsreisen und vieles mehr. Einfache Leute hingegen haben kaum eine Alternative als ihre Ersparnisse bei staatlichen Banken anzulegen. Der Staat benutzt diese Einlagen wiederum, um für die Vorzüge des Sozialismus zu werben, indem er hoch aufragende Wolkenkratzer und Hochgeschwindigkeitszüge, neue Flughäfen und endlose Autobahnen baut. Außerdem benutzt er das Geld, um Staatsbetriebe über Wasser zu halten. Dank der Finanzrepression ist der Anteil der einfachen Leute am Bruttoinlandsprodukt in China der niedrigste von allen Ländern in der jüngsten Zeitgeschichte. Auf Chinesisch gibt es dafür ein passendes Sprichwort: »Der Staat ist reich, das Volk ist arm.«

Der Staat und seine Banken können, praktisch ohne Rechenschaft ablegen zu müssen, Geld ausgeben oder leihen und verschwenden es in gigantischem Ausmaß, sodass sie einen stetig wachsenden Schuldenberg anhäufen, wenn auch einen sorgfältig verborgenen. Aber wie schlimm ist die Lage? Wir wissen es nicht und erfahren es womöglich nie, weil selbst die Erbsenzähler, die der Staat beschäftigt, um sorgfältig in den Archiven versteckte Berichte über die Schulden zu schreiben, nicht alles sehen können, was sich unter der Oberfläche abspielt. Viele Menschen sind Meister des äußeren Scheins. Verdunkelung gibt es auf jeder Ebene der Hierarchie, mit fingierten Aufträgen, falschen Kunden, erfundenen Verkaufszahlen und grassierendem Buchhaltungsbetrug. Wie könnte das auch anders sein ohne Gewaltenteilung, und deshalb ohne unabhängige Presse oder unabhängige Rechnungsprüfung, ganz zu schweigen von gewählten Regierungsvertretern, die ihrer Wählerschaft Rechenschaft schuldig sind? In regelmäßigen Abständen werden Kampagnen gegen

Korruption gestartet. Das fing bereits mit dem Moment an, als die Partei 1949 an die Macht kam, aber weil die Korruption systemimmanent ist, kann sie nur zeitweilig abgeschwächt, nicht ausgeremert werden. Wiederholt kommt die Führung zusammen, um den Notstand auszurufen, und fordert einen Stopp beim Bau von Infrastruktur. Gleichzeitig befahlen sie Unternehmen, die Ausgaben einzuschränken.

Ungefähr ein Fünftel aller Akten in den Parteiarchiven befassen sich mit Schulden, mit Krediten, um die Schulden zurückzuzahlen, weiteren Schulden aufgrund der Kredite und weiteren Krediten, um eine noch größere Schuld zu tilgen. Boom und Pleiten sind angeblich Merkmale des Kapitalismus, doch die Situation in der Volksrepublik gleicht viel mehr einem Boom und einer endlos verschleppten Pleite. Die Partei hat enorme Vermögenswerte zur Verfügung, nicht zuletzt die Ersparnisse des einfachen Volkes und einen stetigen Strom ausländischer Investitionen. Sie hat immer größere Geldsummen in großartige Projekte verschleudert, unabhängig von der Kapitalrendite, geschweige denn von faulen Darlehen. Wenn die Volkswirtschaft schneller als die Schulden wächst, werden die Schulden aufgefangen, aber die Schulden wachsen unablässig schneller als die Wirtschaft. Wie Xiang Songzuo, ein Professor für Wirtschaftswissenschaft an der Renmin-Universität in Peking und ehemaliger Vizedirektor der Chinesischen Volksbank, im Jahr 2019 erklärte: »Im Grunde ist Chinas Wirtschaft ganz auf Spekulation aufgebaut, und alles ist überbewertet.«⁶

In jeder Diktatur haben vom Führer getroffene Entscheidungen erstaunliche, unbeabsichtigte Konsequenzen. Die Ein-Kind-Politik sollte das Bevölkerungswachstum begrenzen: Inzwischen besteht ein enormer Überhang an Männern gegenüber Frauen, während die Zahl der Arbeitskräfte des Landes schrumpft. Viele vom Regime durchgesetzte Direktiven zeitigen ebenso unvorhergesehene Ergebnisse, weil in der ganzen Hierarchie so viele Parteimitglieder versuchen, die Befehle von oben umzuleiten, zu verzögern oder einfach zu ignorieren. Nach 1978 gab die Zentralregierung mehr Macht an lokale Verwaltungen ab, weil sie hoffte, das werde diese anspornen, mehr wirtschaftliche Anreize einzuführen, aber die lokalen Verwaltungen stellten sich einfach schützend vor ihre Pfründe und errichteten Barrieren, um einen Wettbewerb zu verhindern. Anstelle einer integrierten Volkswirtschaft mit mehreren großen Stahl-

werken wollte jedes Dorf, jede Klein- und Großstadt ein eigenes Stahlwerk haben, sodass in einer einzigen Provinz Hunderte Seite an Seite existierten und dem Staat die spärlichen Ressourcen entzogen.

Eine lokale Verwaltung hat einen lokalen Parteisekretär: Er, und nicht der Markt, ist der Mann (in ganz wenigen Fällen die Frau), der Kapital verteilt, noch dazu auf eine Art, die seinen eigenen politischen Einfluss möglichst steigert. Selbst wenn die lokale Wirtschaft bankrottgeht, weiß er, dass er damit rechnen kann, dass die Zentralbank ihm aus der Klemme hilft. Denn das Regime fürchtet nichts mehr als »soziale Instabilität«, d. h. einen Ansturm auf die Banken und Arbeiter auf den Straßen.

Das Bild, das sich aus den Archiven ergibt, ist nicht das einer Partei, die eine klare Vision hat, wie sie das Land zum Wohlstand führt. China gleicht einem Tanker, der aus der Ferne eindrucksvoll in tadelloser Ordnung scheint, mit dem Kapitän und seinen Leutnants stolz auf der Brücke, während unter Deck die Matrosen verzweifelt Wasser pumpen und ein Leck nach dem anderen stopfen, um das Gefährt seetauglich zu halten. Es gibt keinen »Masterplan«, keine »Geheimstrategie«, sondern eine Fülle nicht vorhersagbarer Ereignisse, unvorhergesehener Konsequenzen und abrupten Kurswechsel, sowie endloser Machtkämpfe hinter den Kulissen. All dies führt, da bin ich mir sicher, zu einer besseren Geschichte.